

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 30. März 2021

Rosskur für den Bundeshaushalt

Reiner Holznagel

prangert die aus seiner Sicht hilflose Haushaltspolitik der großen Koalition an, die vorrangig aus großzügigem Schuldenmachen bestehe.

Jetzt ist die Katze aus dem Sack! Dazu die nackten Zahlen: 240,2 Milliarden Euro neue Schulden für dieses Jahr und weitere 81,5 Milliarden für das nächste. Nach einem Rekord bei der Netto-Neuerschuldung des Bundes in Höhe von 130,5 Milliarden Ende 2020 will Deutschlands oberster Kassenwart nun ein weiteres Mal draufsatteln. Originalton Olaf Scholz: „Wir können uns das leisten.“ Seit dem Beginn von Corona sagt er das gern. Deshalb soll auch im kommenden Jahr die Ausnahmeregel der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse genutzt werden. Aus seinem Finanzministerium heißt es unaufgeregt: „Wir wollen nichts schönreden, die Nettokreditaufnahme ist hoch.“ Ich rege mich aber auf – über Art und Weise und Inhalt.

Keine Frage, die Hilfsmaßnahmen für Bürger und Betriebe habe ich im Grundsatz begrüßt. Der Staat hat Maßnahmen getroffen, um unsere Gesundheit zu schützen, doch aufgrund genau dieser Schritte wurde ein normales Wirtschaften vieler Unternehmen unmöglich. Deshalb halte ich die staatlichen Kompensationsangebote für folgerichtig. Doch nun las ich folgende Pressestimme: „Wegen der Pandemie steigen die Ausgaben des Bundes stetig. Finanzminister Scholz muss deshalb weitere Schulden aufnehmen.“ Er muss? Ich halte dagegen: Haushaltsdefi-



Der Gastautor (44) ist Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland.

zite müssen durch Prioritäten verkleinert werden. Die gewaltigen Lücken im Bundesetat sind nämlich nicht nur den Pandemiekosten geschuldet, sondern auch das Resultat einer verfehlten Haushaltspolitik!

Sieben Millionen Euro für einen weiteren Transrapid-Versuch, 300 Millionen für schönere Stadtparks, 400 Millionen für externe Politikberater: Das sind nur drei von 30 Einsparvorschlägen, die wir als Bund der Steuerzahler nach Durchforsten des Bundeshaushalts für unsere „Aktion Frühjahrsputz“ unterbreiten. Hier werden Projekte mit Schulden finanziert, die mit dem Kampf gegen Corona gar nichts zu tun haben und somit die Schuldenbremse zweckentfremden.

Und während Unternehmer weiterhin auf Hilfszahlungen warten, bekommt die Bundeswehr mit Corona-Schulden finanzierte Munition. Der Wahnsinn – und immer

wird Corona als Grund vorgeschoben!

Generell scheint die Haushaltspolitik der Bundesregierung nur aus einem Programmpunkt zu bestehen: Schulden, Schulden und nochmals Schulden! Obwohl sich im Bundesetat tausende Ausgaben-Titel finden, hat der Finanzminister im aktuellen 548 Milliarden Euro umfassenden Nachtragshaushalt für 2021 nicht einen einzigen Programm-Titel der Ministerien zur Disposition gestellt. Stattdessen werden Finanzlücken wieder mal vollständig mit neuen Schulden gefüllt – besser: geflutet. Traurige Folge ist, dass wir die gesamtdeutsche Schuldenuhr umstellen mussten: Aufgrund der höheren Neuverschuldung des Bundes in diesem Jahr tickt das Markenzeichen unseres Verbands jetzt noch schneller – der sekundliche Schuldenzuwachs stieg von 6855 auf 8740 Euro. Die roten Ziffern sind eine Mahnung mitten im Berliner Regierungsviertel!

Deshalb lautet mein „Frühjahrsputz“-Fazit: Der Bundeshaushalt, der noch nie ein Spar-Haushalt war, kann und muss um 30 Milliarden Euro abgespeckt werden! Kein Ressort, keine Abteilung und kein Bereich darf sich vom Ziel generationengerechter Staatsfinanzen ausnehmen. Es ist das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler! Grund genug für Herrn Scholz, sich endlich eine Sparpolitik zu leisten.